



## Antrag

der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

### **Lebens- und Futtermittelkontrollen wirksam gestalten!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Das heutige System der Eigenkontrolle in der Lebensmittelerzeugung bietet offensichtlich keine ausreichende Sicherheit. Das Kontrollsystem hat in den letzten Wochen erneut seine Krisenanfälligkeit gezeigt. In Zukunft muss das System der globalen Produktions- und Lieferketten im Bereich der Lebens- und Futtermittelproduktion entflochten und transparenter werden.

Da die Eigenkontrollen der Branchen offensichtlich nicht ausreichen, muss eine unabhängige behördliche Kontrolle sichergestellt werden. Diese zusätzlichen Kontrollen sind daher durch die Wirtschaft zu finanzieren. Dafür werden kostendeckende Gebühren zur Lebens- und Futtermittelüberwachung eingeführt. Dahingehende Lösungen sind über den Bundesrat sowie die Verbraucherschutzministerkonferenz der Länder voranzutreiben. Dabei ist auf faire Konditionen für die Betriebe der handwerklichen Lebensmittelwirtschaft zu achten. Eine EU-weite Regelung über die Kontrollverordnung wird vom Landtag befürwortet.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung um eine Überprüfung des Systems der Lebens- und Futtermittelkontrolle und um Ermittlung der Handlungsoptionen. Diese sollte insbesondere beinhalten:

- Überprüfung der Verwaltungsstrukturen im Land Schleswig-Holstein, der Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern, dem Bund und EU-Behörden.
- Überprüfung der Kontrollen hinsichtlich Kontrolldichte, Wirksamkeit und risikobasierter Auswahl.

**Begründung:**

Drei kurz hintereinander folgende Skandale haben wieder einmal deutlich gezeigt, dass im Bereich der Lebens- und Futtermittelkontrolle dringender Handlungsbedarf besteht. Neben den Strukturen im Land Schleswig-Holstein sind auch die Bund/Länder-Zusammenarbeit und die EU-weiten Regelungen zu betrachten. Das Problem ist daher auch nicht allein von Schleswig-Holstein aus zu lösen. Im Rahmen der Verbraucherschutzministerkonferenz der Länder wurden dazu bereits Vorschläge erarbeitet. Diese müssen mit nötigen Nachdruck verfolgt werden. Für eine stärkere Beteiligung der Verursacher an den Kosten ist ebenfalls ein koordiniertes Vorgehen in Bund und Ländern erforderlich.

Kirsten Eickhoff-Weber  
und Fraktion

Bernd Voß  
und Fraktion

Flemming Meyer  
und die Abgeordneten des SSW